



Presseinformation

Nr. 100/2004

Kiel, Donnerstag, 11. März 2004

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Kinder und Jugendliche/Verschuldung

Veronika Kolb zum Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung

In ihrem Redebeitrag zu **TOP 17** (Schutz junger Menschen vor fortschreitender Verschuldung) sagte die sozialpolitische Sprecherin der FDP-Landtagsfraktion, **Veronika Kolb**:

„Die Finanzierung auf Pump frei nach dem Motto „Konsumiere jetzt - zahle später“ hatte früher ein „Schmuddelimage“. Die Finanzierung von Möbeln, Markenklamotten oder gar des Urlaubs auf Pump, galt als verpönt. Fachleute sprachen deshalb von einem „sozialpsychologischen Mangel“ bei Ratenzahlungen.

Dieser hat sich in den vergangenen Jahren grundlegend gewandelt. Es ist mittlerweile ganz normal, für einen besseren Lebensstandard einen Kredit aufzunehmen, so lange der finanzierte Konsum mit den eigenen finanziellen Verhältnissen korrespondiert.

Doch hier tut sich mittlerweile eine Schere auf: Stotterten die Deutschen Ende 1993 Konsumentenkredite in der Höhe von rund 79 Milliarden Euro ab, sind es heute bereits 118, 6 Milliarden Euro. In drei Jahren sollen es über 125 Milliarden Euro sein. Zum anderen geraten – insbesondere in Zeiten vermeintlich niedriger Zinsen – immer mehr junge Leute, gelockt von lockeren Werbesprüchen, in die Schuldenfalle. Denn gerade Kinder und Jugendliche sind einem immer stärkeren Gruppendruck ausgesetzt: Das neueste Handy, die neuste Mode, Computer, CDs oder Kosmetik, viele Dinge müssen jetzt und sofort verfügbar sein.

Viele Eltern, die bereits mit ihren eigenen Konsumwünschen überfordert sind, können erst recht den übersteigerten Wünschen ihrer Kinder nichts mehr entgegen setzen. Mittlerweile sind rund drei Millionen Haushalte völlig überschuldet. Der Anteil der verschuldeten jungen Menschen steigt weiterhin.

Wolfgang Kubicki, MdL

Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL

Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL

Parlamentarischer Geschäftsführer

Christel Aschmoneit-Lücke, MdL

Joachim Behm, MdL

Günther Hildebrand, MdL

Veronika Kolb, MdL

www.fdp-sh.de

Regelmäßig erreichen die Verschuldeten erst dann staatliche Hilfe, wenn das Kind bereits in den Brunnen gefallen ist: Hier können die Ratsuchenden Hilfe durch die Verbraucherzentralen und Schuldnerberatungsstellen erwarten.

Daneben hat zwar der Gesetzgeber im Bürgerlichen Gesetzbuch (§§ 104 ff. BGB und die Minderjährigenhaftungsbeschränkung des § 1629 a BGB) Schutzregeln eingefügt, die berücksichtigen, dass Kinder- und Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr oftmals nicht in der Lage sind, geschäftliche Entscheidungen zu treffen, die nicht zu ihrem rechtlichen Vorteil sind.

Doch nutzen die besten gesetzlichen Regelungen nichts, wenn sich Kinder und Jugendliche nicht nur mit Zustimmung sondern sogar zum Teil auf Wunsch der Eltern verschulden.

Schutzregelungen helfen auch dann wenig, wenn gerade unerfahrene und jugendliche Telefonkunden und Internetsurfer durch 0190-Abzocker aus dem Ausland über den elterlichen oder eigenen Telefonanschluss zu wenig geschützt sind. Denn dann greift das seit Neuestem geltende „Mehrwertdienstgesetz“ gerade nicht. Deshalb sind Maßnahmekonzepte mit präventivem Charakter um so wichtiger.

Bei präventiven Maßnahmen gerade bei Kindern und Jugendlichen liegt der Schlüssel des Erfolges immer noch bei den Eltern, doch muss auch in den Schulen und im Alltag der Jugendlichen durch Lehrer und weitere Personen eine erfolgreiche Prävention erfolgen:

Der im Bericht vorgetragene Ansatz, Präventionsmaßnahmen an den Schulen in Zusammenarbeit mit den Schuldnerberatungsstellen und der Verbraucherzentrale durchzuführen, ist deshalb eine richtige Ergänzung.

Wenn es stimmt, dass zum einen die Schuldenneigung der Menschen um so größer ist, je geringer das Zahlungswissen und zum anderen die Schuldenneigung davon abhängt, je jünger die Menschen sind, dann ist der Präventionsansatz richtig, möglichst früh bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen anzusetzen.

Deshalb ist für mich notwendig, dass dazu bereits frühzeitig und landesweit die bereits vorhandenen Maßnahmen eingesetzt werden.

Dazu gehört für mich, dass erfolgreiche regionale Projekte, wie das DRK-Infocenter „Fit for money“ landesweit deutlich mehr Beachtung finden müssen.

Auch sollte man den Beschluss der „Jugend im Landtag“ prüfen, ob nicht die Einführung des wirtschaftspolitischen Unterrichts bereits ab der 7. Klasse notwendig ist, um möglichst frühzeitig Kinder und Jugendliche in diesem Rahmen für wirtschaftspolitische Zusammenhänge zu sensibilisieren.

Nur, wenn Kinder und Jugendliche früh den eigenverantwortlichen Umgang mit Geld und die Spielregeln des Wirtschaftslebens lernen, können wir sicher sein, dass sie als kritische Konsumenten eine genaue Abwägung treffen, bevor sie sich verschulden .

Deshalb noch einmal: Bereits vorhandene Maßnahmen und Strukturen müssen früh und landesweit eingesetzt und erweitert werden.“